

WDR online vom 11.12.2015, S. 1

Innenminister will Turnhallen wieder freigeben

Von Rainer Striewski

NRW will 10.000 Plätze in Notunterkünften abbauen Städte- und Gemeindebund fürchtet "Nullsummenspiel" 300.000 Flüchtlinge in diesem Jahr in NRW

Bis Ende Februar 2016 sollen 10.000 Plätze in Notunterkünften in NRW abgebaut werden. Das erklärte Innenminister Ralf Jäger (SPD) am Donnerstag (10.12.2015) im Innenausschuss des Düsseldorfer Landtags. Insbesondere Sport- und Schulturnhallen sollen künftig wieder normal genutzt werden können. "Wir werden das kommunalfreundlich und in Absprache mit den Kommunen gestalten", sagte Jäger. Mit Schaffung der Notunterkünfte hatten die Kommunen dem Land geholfen, Flüchtlinge aufzunehmen.

Ein Nullsummenspiel für die Städte?

Was sich erst einmal gut anhört, ist für die Opposition nicht mehr als "heiße Luft". Das sei nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit, sagte André Kuper, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag. "In anderen Bundesländern wurde dies nie anders gehandhabt. Einzig Nordrhein-Westfalen hat die Kommunen für die Aufgabe der Erstaufnahme per Amtshilfe herangezogen", so Kuper. Und auch der Städte- und Gemeindebund NRW ist skeptisch. Bei der Aktion könne es sich um ein "Nullsummenspiel" handeln, fürchtet Martin Lehrer, Sprecher des Verbandes. Denn auch wenn das Land die Flüchtlinge aus den Notunterkünften hole, würden sie nach der Registrierung ja wieder auf die Kommunen verteilt. "Dann werden die Flüchtlinge heute aus der Turnhalle abgeholt und morgen mit einem anderen Status wieder gebracht", fürchtet Lehrer.

Weihnachtliche Verschnaufpause

Im Innenausschuss des Landtages stellte Jäger noch eine ganze Reihe von Maßnahmen vor, um Kommunen künftig zu entlasten: So soll es vom 24.12.2015 bis zum 03.01.2016 eine "Verschnaufpause über Weihnachten" geben. In diesen elf Tagen werde das Land den Kommunen keine weiteren Flüchtlinge zuweisen. Das Land habe dafür derzeit einen Puffer in der Unterbringungs Kapazität, sagte Jäger. Nach der Pause will er die Zuweisungen "behutsam wieder anlaufen lassen". Und er verspricht: Die Ankündigungsfrist für Kommunen soll künftig von drei auf fünf Tage verlängert werden. "Die Kommunen sollen auf Dauer entlastet werden", betonte der Innenminister.



Jäger stellt 5.000 Plätze in Landeseinrichtungen in Aussicht

Jäger kündigte weiterhin an, den "Aktionsplan Westbalkan" ausweiten zu wollen. Dabei sollen Verfahren von Flüchtlingen aus Ländern mit geringer Anerkennungsquote durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beschleunigt werden. Die Flüchtlinge sollen für die gesamte Zeit des Verfahrens in einer Landeseinrichtung bleiben und auch direkt von dort wieder zurückgeführt werden. Das BAMF könne derzeit eine Kapazität von 1.200 beschleunigten Verfahren garantieren. Aber: "Wir wollen das für alle Staaten des

Westbalkans ausweiten", sagte Jäger. Er sei gerade in Gesprächen mit dem BAMF, um diese Zahl zu erhöhen. Zudem kündigte er an, 5.000 Plätze in Landeseinrichtungen vorhalten zu wollen für Kommunen, die einen Aufschub bei den Zuweisungen bräuchten - etwa, weil Unterkünfte noch nicht erstellt werden konnten.

300.000 Flüchtlinge in einem Jahr

Zum Ende des Jahres 2015 rechnet das Innenministerium mit 300.000 Flüchtlingen, die im gesamten Jahr nach NRW gekommen sein werden - und sei es nur für eine Nacht. Für 2016 möchte Jäger die Zahl

der Plätze in den Landeseinrichtungen auf 60.000 Regelplätze erhöhen, verteilt auf 10.000 Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen, 30.000 in Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) und 20.000 in landeseigenen Notunterkünften. Noch in diesem Jahr sollen Einrichtungen in Bad Laasphe, Bonn, Euskirchen, Kall, Meschede, Sankt Augustin, Weeze, Wegberg und Wuppertal an den Start gehen.



2016 soll es für Flüchtlinge 60.000 Regelplätze in NRW geben

Für den Städte- und Gemeindebund NRW ist das der falsche Weg. Er fordert eine "konzertierte Aktion auf EU-Ebene, um diesen Flüchtlingsstrom radikal zu stoppēn", so Pressesprecher Lehrer. Gleichzeitig sprach er sich für eine konsequente Rückführung von Flüchtlingen aus. Denn: "Integration kann erst dann beginnen, wenn sicher ist, wer bleibt", so Lehrer.